

Demokratiekonferenz 2016, Freistaat Sachsen und des Kanton Aargau, 30. Mai 2016

Vortrag Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin:

Die Demokratie der Zukunft

Thesen / Leitüberlegungen des Vortrags (Stand: 9. Mai 2016)

1.

Welche Zukunft hat die Demokratie? Ein Blick in die Geschichte, in die „vergangenen Zukünfte“ der Demokratie ist hilfreich: Demokratie war (fast) immer unsicher und umstritten. Sie ist ohne ihre Gegner nicht denkbar – und anders als wir das vor einiger Zeit erwartet haben, wird sie wahrscheinlich immer Skeptiker, Gegner und Feinde behalten. Die Geschichte der Demokratie ist auch die Geschichte der *Krise* der Demokratie. Aber die historische Erfahrung zeigt zugleich: Über kurz oder lang haben diejenigen recht behalten, die in der Krise nicht die Vorboten des Untergangs gesehen haben, sondern die versucht haben, die Demokratie zu verteidigen und auszubauen

2.

In der aktuellen Situation stehen große demokratische Zukunftsentwürfe und Utopien einer „noch besseren“ Demokratie nicht im Vordergrund. Bewahrung und Verteidigung drängen sich angesichts von Vertrauensverlust und der Neigung zu autoritären Regierungsformen auf. Diese zunächst „defensive“ Herausforderung müssen wir annehmen, auch ganz konkret, indem wir Kritikern der gegenwärtigen Institutionen und Praktiken der Demokratie ihre Vorzüge entgehalten, statt ihnen nur zuzugeben: „Ihr habt ja recht, es muss sich sehr vieles ändern!“ – Aber die Verteidigung allein genügt nicht – auch in der Krise muss Demokratie weiter gedacht werden.

3.

Die Demokratie der Zukunft – im Sinne einer nahen und mittleren Zukunft, also etwa für die nächsten zwanzig Jahre – wird sich von der gegenwärtigen Demokratie nicht fundamental unterscheiden. Die Veränderungen werden kleinteilig sein, und es werden viele kleine Veränderungen sein statt eines großen Umbruchs zu einer radikal neuen Denkweise oder Institutionenordnung. Den Missionaren einer neuen Demokratie, so wichtig ihre Anregungen, ihr „Stachel im Fleisch“ sind, müssen wir

deshalb zugleich raten, ihre Ansprüche nicht zu überhöhen. Wir warten nicht auf die „eigentliche“ Demokratie – erst recht nicht in dem Sinne, dass die jetzige noch keine „richtige“ oder „vollgültige“ sei.

4.

Die Demokratie der Zukunft wird, wie sich das in den letzten Jahrzehnten schon herausgebildet hat, noch mehr eine komplizierte und vielschichtige Demokratie sein: auch über die repräsentative Demokratie hinaus eine „vielfältige Demokratie“, was Akteure, Handlungsformen und Institutionen angeht, und eine „Mehrebenendemokratie“ im Zusammenspiel lokaler / kommunaler, regionaler / landespolitischer, nationaler und europäischer, ja globaler Bezüge. Darin liegt Bereicherung, aber auch Konfliktpotential und für nicht wenige Menschen eine Quelle der Unsicherheit (Beispiel: „Was gilt denn nun – der Parlamentsbeschluss oder der Volksentscheid?“; Angst vor Verlust der nationalstaatlichen Souveränität). Der Verlust an Eindeutigkeit irritiert viele Menschen – die neuen Formen der Demokratie und das Zusammenspiel ihrer Elemente müssen besser erklärt werden.

5.

Die klassische Form der repräsentativen Demokratie (und ihre Verbindung mit der Gewaltenteilung) sind unter den Druck von engagierten oder empörten Bürgerinnen und Bürgern geraten, die sich von den Parlamenten und der (vor allem über Parteien rekrutierten) „politischen Klasse“ nicht mehr vertreten fühlen. Demokratie des Protests, der sozialen Bewegung, des lokalen Bürgerengagements ist daneben getreten; auch: das Streben nach mehr „direkter“ Demokratie (in Volksbegehren, Volksabstimmungen). Die Gefahr besteht darin, dass sich ein (falscher) Gegensatz verfestigt und beide Formen der Demokratie gegeneinander in Stellung geraten. In Zukunft wird es besonders wichtig sein, nach Schnittstellen zwischen beiden zu suchen, zum Beispiel Formen der Institutionalisierung von direktem Engagement jenseits der Parlamente. Dafür ist die Kommunalpolitik ein entscheidender Experimentierraum. (Beispiel dafür sind auf dieser Konferenz diskutiert / vorgestellt worden.)

6.

Die Demokratie benötigt auch in Zukunft nicht nur sichere Institutionen und engagierte Bürger(innen), sondern auch eine „Kultur der Demokratie“, eine Basis in Grundüberzeugungen und alltäglichen Lebensformen, aus denen auch die „große“, die politische Demokratie als Regierungsform des Staates Überzeugungskraft und Vertrauen gewinnt. Dabei sollten sich Leidenschaft und Nüchternheit miteinander verbinden. Demokratie ist nicht nur das, was „die da oben“ machen, sondern prägt in

einer liberal-demokratischen Gesellschaft auf vielfältige Weise das Alltagsleben. Die gegenwärtigen Zweifel an der Demokratie sind auch Ausdruck einer allgemeineren Krise des Weltvertrauens bei vielen Menschen. Demokratie braucht Weltvertrauen statt Verschwörungstheorie – und wir brauchen demokratische Handlungsformen, die Vertrauen begründen können, auch wenn diese Aufgabe in einer individualisierten Gesellschaft schwieriger geworden ist, in der sich die Loyalität zum politischen System nicht mehr aus gewachsenen sozialen Zugehörigkeiten speist.